

Bern, 13. August 2025

Wirtschaftsentlastungs- und Deregulierungspaket: Massnahmen zur Stärkung des Standorts Schweiz

Die Gründe für den Erfolg der Schweiz sind **gute Rahmenbedingungen für die Wirtschaft**, Rechtssicherheit, eine selbstverantwortliche Staatsordnung und eine funktionierende Sozialpartnerschaft. Vorteile, die sich die Schweiz dank ihrer Unabhängigkeit erarbeitet hat.

Unser **Erfolgsmodell** ist jedoch von verschiedenen Seiten **massiv unter Druck**: Seit Jahren **schwächt die linke Politik den Werkplatz Schweiz** mit immer mehr Regulierungen, einem ausufernden Ausbau des Sozialstaates und mit der Verteuerung der Energie aufgrund einer völlig fehlgeleiteten ideologischen Energiepolitik. Hinzu kommt: Die Mitte-links-Mehrheit in Bundesrat und Parlament sowie die selbsternannte Wirtschaftselite rund um Economiesuisse wollen die Schweiz mit einem Unterwerfungsvertrag an die **völlig überschuldete und überregulierte Krisen-EU** anbinden. Obendrauf kommt nun noch der 39%-Zollhammer der USA.

Die SVP fordert seit Jahren die Entlastung der Wirtschaft. Diese ist heute dringender nötig denn je. Die Bundeshausfraktion der SVP hat deshalb am 13. August **einstimmig** folgende Forderungen zur Stärkung des Standorts Schweiz verabschiedet:

- 1) **Nein zum Unterwerfungsvertrag der EU** und damit Nein zur Verpflichtung zur dynamischen (= automatischen) Übernahme von EU-Recht; Nein zur Unterstellung unter die EU-Gerichtsbarkeit; Nein zur Missachtung der Unabhängigkeit der Schweizer Eidgenossenschaft, der demokratischen Rechte des Schweizer Volkes, der Schweizer Neutralität und des Schweizer Föderalismus.
- 2) **Ja zur eigenständigen Steuerung der Zuwanderung** und damit Ja zur eidg. Volksinitiative «Keine 10-Millionen-Schweiz! (Nachhaltigkeitsinitiative)»! ([25.026](#)).
- 3) **Ja zu neuen und modernisierten Freihandelsabkommen** im Interesse der Schweiz, u.a. mit Thailand ([25.066](#)), Malaysia, den MERCOSUR-Staaten (Brasilien, Argentinien, Uruguay, Paraguay), Vietnam, China, UK, Kosovo, Mexiko und den SACU-Staaten (Südafrika, Botswana, Namibia, Eswatini, Lesotho).
- 4) **Stopp des Staatswachstums; Sanierung des Finanzhaushalts; keine Aufweichung der Schuldenbremse!**
 - a. **Beschränkung der internationalen Zusammenarbeit auf maximal noch eine Milliarde Franken pro Jahr** mit Schwerpunkt bei der humanitären Hilfe.
 - b. **Reduktion der Ausgaben im Asylwesen auf unter eine Milliarde Franken pro Jahr** mittels der **eidg. Volksinitiative «Asylmissbrauch stoppen! (Grenzschutz-Initiative)»** und der dringlichen Umsetzung der nachfolgenden, durch **das Parlament an den Bundesrat überwiesenen Vorstösse**.

Nr.	Geschäftstitel	Überweisung an BR
11.3831	Asylbewerber. Rückübernahmeabkommen mit den wichtigsten Herkunftsländern aushandeln	12.06.2014
18.3408	Konsequenter Vollzug von Landesverweisungen	04.03.2019

21.3009	Landesverweisungen per Strafbefehl bei leichten, aber eindeutigen Fällen	08.12.2021
23.3082	Rückführungsoffensive und konsequente Ausweisung von Straftätern und Gefährdern	13.03.2024
23.3533	Irreguläre Sekundärmigration stoppen und Ursachen bekämpfen	13.03.2024
23.4351	Kostenbremsen im Asylwesen	18.09.2024
23.4440	Rückführung von Eritreern, deren Asylantrag abgelehnt wurde. Abschluss eines Transitabkommens mit einem Drittstaat	10.06.2024
23.4447	Massnahmen gegen Ausländer, die gewaltsam dasjenige Regime unterstützen, vor dem sie angeblich geflohen sind	10.06.2024
24.3022	Für die Akzeptanz des Schutzstatus S braucht es Anpassungen	02.12.2024
24.3035		18.12.2024
24.3378	Schutzstatus S auf wirklich Schutzbedürftige beschränken	02.12.2024
24.3498	Datenaustausch bei illegalen Migranten systematisieren	19.06.2025
24.3716	Bevölkerung schützen. Kein Asylverfahren und kein Bleiberecht für Verbrecher	16.06.2025
24.3734	Bevölkerung schützen. Bewegungsfreiheit von Asylkriminellen konsequent einschränken	16.06.2025
24.4508	Unterstützung der Kantone beim Wegweisungsvollzug	16.06.2025

Ebenfalls sind die nachfolgenden Vorstösse anlässlich der **ausserordentlichen Session «Asyl» während der Herbstsession 2025** an den Bundesrat zu überweisen:

Nr.	Geschäftstitel
24.4588	Von Schweden und Dänemark lernen, Asyl nicht mehr unbefristet gewähren. Zurück zum Kerngehalt des Asylrechts
25.3602	Aufhebung des Schutzstatus S für Personen aus der Ukraine
25.3601	Resettlement aussetzen, bis das Asylsystem stabilisiert ist
25.3274	Fehlanreize in der Asylpolitik reduzieren

- c. **Reduktion des Personalaufwand der Eidgenossenschaft** maximal noch 5 Milliarden Franken und **Reduktion des Aufwands für «Beratung und externe Dienstleistungen»** auf maximal noch 500 Millionen Franken pro Jahr.
- d. **Abschaffung von teuren Privilegien für die Bundesangestellten** (bis zu sieben Wochen Ferien und bis zu 37-prozentige Pensionskassen-Altersgutschriften).
- e. **Vollständige Tilgung der Corona-bedingten Verschuldung bis 2035**, wie vom Parlament im September 2022 beschlossen ([22.020](#)).

5) Nein zu höheren Steuern und Abgaben!

- a. **Aufhebung der Verordnung über die OECD-Ergänzungssteuer** für internationale Unternehmen (BV Art. 129a). Dies betrifft sowohl die Mindestbesteuerung von Unternehmensgruppen oder Geschäftseinheiten im eigenen Land (Qualified Domestic Minimum Top-Up Tax, QDMTT) als auch die Mindestbesteuerung für ausländische Geschäftseinheiten einer Unternehmensgruppe (Income Inclusion Rule, IIR).
- b. **Nein zur einseitigen Mehrwertsteuer- und Lohnabgabenerhöhung zur Finanzierung der AHV ohne Gesamtanierungskonzept** ([24.073](#)).
- c. **Nein zur JUSO-Erbschaftssteuerinitiative** ([24.082](#)).

- d. **Ja zur Gebührensenkung für die Staatsmedien** auf 200 Franken pro Jahr und damit Ja zur SRG-Initiative ([24.060](#)).
- e. **Nein zur Bundesregulierung der Kitas** und damit Nein zum Bundesgesetz über die familienergänzende Kinderbetreuung (UKibeG) ([21.403](#)) und Nein zur Kita-Initiative ([24.058](#)).
- f. **Nein zur Einführung des Elternurlaubs** durch Ablehnung der Familienzeit-Initiative.
- g. **Nein zum Bundesgesetz über die Individualbesteuerung** ([24.026](#)). Dafür **Ja zur Abschaffung der Heiratsstrafe über den bewährten Weg des Einkommenssplittings** (Volksinitiative «Ja zu fairen Bundessteuern auch für Ehepaare», [25.018](#)).
- h. **Ja zur sofortigen Senkung der Energiepreise und Erhöhung der Versorgungssicherheit mit genügend sicherer Energie** durch die Streichung von Artikel 12a des Kernenergiegesetzes (Gegenvorschlag zur «Initiative «Blackout stoppen»).
- i. **Rückgängigmachung der wirtschaftsfeindlichen Überregulierung der Automobilwirtschaft** in der rückwirkend auf den 1. Januar 2025 in Kraft gesetzten CO₂-Verordnung.
- j. **Nein zur Klimafonds-Initiative** ([25.022](#)).
- k. **Stärkung der Realwirtschaft** durch eine **Reform der Verrechnungssteuer** (siehe [21.024](#)) sowie durch die **Abschaffung der Emissionsabgabe auf Eigenkapital, der Umsatzabgabe und der Versicherungsabgabe** (siehe [09.503](#)).

6) Nein zu noch mehr Bürokratie!

- a. **Aufhebung des Bundesratsbeschlusses, nur noch maximal 10 Prozent der Rüstungsgüter in den USA zu kaufen.**
- b. **Nein zur Konzernverantwortungsinitiative 2.0.**
- c. **Nein zum EU-Regulierungspaket «Grüne Wirtschaft»** und damit Nein zur Übernahme des EU Carbon Border Adjustment Mechanism (CBAM), Nein zur Übernahme der EU Corporate Sustainability Reporting Directive (CSRD), Nein zur Übernahme der EU Corporate Sustainability Due Diligence (CSDDD), Nein zur Übernahme der EU Entwaldungsverordnung (EUDR) und Nein zur Einführung eines Lieferkettensorgfaltspflichtengesetzes.
- d. **Ja zum bewilligungsfreien Einbau von Split-Klimaanlagen, Ja zum Abbau der Bewilligungsbürokratie im Bau- und Umweltbereich und Ja zur Harmonisierung von Baunormen.**
- e. **Nein zum Verbrennerverbot** ([25.3901](#)).
- f. **Nein zum Ausbau der Vorratsdatenspeicherung und Nein zu einer Datenauslieferungsverpflichtung privater Kommunikationsdienstleister** (VÜPF, VD-ÜPF).
- g. **Ja zur Befreiung der Unternehmen von der Statistik-Bürokratie** (siehe [15.3120](#)).
- h. **Nein zu unternehmensfeindlichen Bestimmungen im Gleichstellungsgesetz. Ja zur Aufhebung jeglicher bestehender Quotenregelungen.**

7) Ja zu einem liberalen Arbeitsmarkt!

- a. **Nein zur Erhöhung der Kurzarbeit-Höchstbezugsdauer auf 24 Monate** ([25.441](#)). Dafür gibt es beim herrschenden Fachkräftemangel keinen Grund.
- b. **Nein zur Ausweitung von kantonalen Mindestlöhnen** und damit Ja zur Allgemeinverbindlicherklärung von Mindestlöhnen, die unter kantonalen Mindestlöhnen liegen ([24.096](#)).
- c. **Ja zur Transparenz der Gewerkschaftskassen** und damit Ja zur Einsicht in der Jahresrechnung der für die gemeinsame Durchführung verantwortlichen Organe ([24.097](#)).

- d. **Ja zur Lockerung bei der Arbeitszeiterfassung** und damit Ja zu mehr Gestaltungsfreiheit bei der Arbeit im Homeoffice ([16.484](#)) und Ja zur Befreiung von der Arbeitszeiterfassung von Arbeitnehmenden in Start-ups mit Firmenbeteiligungen ([16.442](#)).